

# Belgien

Sandra Boldrini

Die mit den Regionalwahlen gekoppelten Europawahlen vom 13. Juni 2004 brachten Belgien 24 Sitze im Europäischen Parlament – einen Sitz weniger als bisher. Bei der Wahl konnte die flämische christlich-soziale Partei, die großen Verlierer des Jahres 1999, zwei Sitze hinzugewinnen; die frankophonen Grünen (Ecolo), die während der letzten Wahl leichte Gewinne verzeichnen konnten, verloren zwei Sitze. Einige Tage später, am 17. und 18. Juni, gelang es der irischen Präsidentschaft, die EU-Regierungskonferenz zum Verfassungsvertrag erfolgreich abzuschließen. Die belgische Regierung, die sich noch im Dezember hinsichtlich der vom Konvent vorgeschlagenen doppelten Mehrheit im Rat unnachgiebig zeigte, schließt sich dem von Polen akzeptierten Kompromiss an: 55 % der Staaten und 65 % der Bevölkerung der Union. Auf diesem Gipfel vom 17. und 18. Juni musste der belgische Premierminister Guy Verhofstadt seine Hoffnungen auf eine Ernennung zum Präsidenten der Europäischen Kommission begraben. Zusammen mit der Vorherrschaft der PPE-DE in der neuen Versammlung – Guy Verhofstadt ist flämischer Liberaler –, hatte das Zögern Großbritanniens gegenüber dem Initiator des Minigipfels zur europäischen Verteidigung vom 29. April 2003 eine von Paris und Berlin stark unterstützte Kandidatur durchkreuzt. Guy Verhofstadts Scheitern an der Spitze der Kommission hatte den frankophonen liberalen Außenminister Louis Michel veranlasst, sich als der belgische Kandidat für den Posten des Kommissars für Entwicklungszusammenarbeit einzufordern. Infolge der Einigung innerhalb der liberal-sozialistischen Mehrheit trat Louis Michel an die Stelle von Philippe Busquin, dessen Verbleib in der Kommission mit dem Zuständigkeitsbereich Forschung sicher erschien. Innerhalb der Regierung übernahm der flämische Liberale Karel den Außenministerposten De Gucht Louis Michels und ein wallonischer Sozialist, Didier Donfut, wurde Staatssekretär für europäische Angelegenheiten.

Nachdem die Kommission besetzt und der Verfassungsvertrag am 29. Oktober 2004 unterzeichnet war, standen die Reform des Stabilitätspakts sowie die Finanzperspektiven für 2007-2013 wieder ganz oben auf der Tagesordnung. Doch der Verfassungsvertrag stand auch dann noch im Vordergrund, als der Ratifizierungsprozess bereits in Gang kam.

## Der europäische Verfassungsvertrag

Angeregt durch den Premierminister persönlich setzte sich auch innerhalb der Regierung die Forderung durch, das Volk über den Verfassungsvertrag abstimmen zu lassen. Die belgische Verfassung sah bisher weder ein Referendum, noch eine Volksbefragung vor; letztere wäre rein informell gewesen, hätte jedoch einen entscheidenden Einfluss auf die Zustimmung gehabt, die die beiden Bundeskammern und die Bundesversammlungen gegeben hatten. Die Regierung war der Ansicht, die Entscheidung bezüglich der Organisation eines Volksentscheids liege beim Parlament, das eine Debatte über verfassungsrechtliche Einwände führen sollte, die schließlich den Weg für eine direkten Befragung der Bürger freimachen würde.

---

Übersetzt aus dem Französischen von Lisa Förster.

Was die Verfassung betrifft, so hatte der Staatsrat im November 2004 eine Stellungnahme<sup>1</sup> herausgegeben, in der er betont, dass die belgische Verfassung ausschließlich ein System repräsentativer Demokratie sei und auf dem Prinzip der nationalen Souveränität basiere. Er betont außerdem, dass „die Legislative auf Bundesebene durch die Bundeskammern und den König ausgeübt wird“. Die Stellungnahme durchkreuzte also einen Gesetzesvorschlag zur Änderung von Artikel 167, §2 der belgischen Verfassung,<sup>2</sup> der darauf abzielte, Volksentscheide im Rahmen des Zustimmungsverfahrens bei internationalen Verträgen zuzulassen. Diese Änderung hätte den Weg für einen Volksentscheid zur Europäischen Verfassung geebnet.

Aus rein politischer Sicht brachten die Gegner des Volksentscheids (die flämischen und frankophonen Sozialisten und Christdemokraten) einen eher opportunistischen Grund ins Spiel: Ein Volksentscheid könnte zu Reformen in der Verfassung selbst führen.

Letztendlich war die Frage, ob eine direkte Befragung der Bürger durchgeführt werden sollte, am 12. März 2005 vom Tisch. In der Abgeordnetenversammlung erhielt der Vorschlag zur Revision von Artikel 167 der belgischen Verfassung 73 Ja-Stimmen (flämische und frankophone Liberale, Grüne und frankophone und niederländisch-sprachige Rechtsextreme) und 62 Nein-Stimmen (flämische und frankophone Sozialisten, frankophone und niederländisch-sprachige Christdemokraten). Die für eine Änderung der belgischen Verfassung erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit wurde demnach nicht erreicht.<sup>3</sup>

Zwar hatten die Belgier nicht die Möglichkeit, abzustimmen, doch scheint es gemäß einer im Mai 2005 in „Le Soir“ veröffentlichten Umfrage, dass sie sich für die Verfassung ausgesprochen hätten: 49 % antworteten mit „ja“, 12 % mit „nein“ und 39 % der Befragten machten „keine Angabe“ oder „wären nicht zur Abstimmung gegangen“.<sup>4</sup>

Da das Prinzip eines Volksentscheids abgelehnt worden war, ging die Ratifizierung des europäischen Verfassungsvertrags nun den Weg der Zustimmung durch das Parlament. In Belgien müssen sich neben dem Parlament, bestehend aus dem Senat und einer Abgeordnetenversammlung, fünf weitere Kammern für die Ratifizierung internationaler Verträge aussprechen. Zum heutigen Zeitpunkt haben sich nur der Senat (am 28. April 2005),<sup>5</sup> die Abgeordnetenversammlung (am 19. Mai 2005),<sup>6</sup> das Brüsseler Parlament (am 17. Juni 2005),<sup>7</sup> das Parlament der deutschsprachigen Gemeinde (am 20. Juni 2005), das wallonische Parlament (am 29. Juni 2005)<sup>8</sup> sowie das Parlament der französischen Gemeinde (am 19. Juli 2005)<sup>9</sup> für die Ratifizierung der Europäischen Verfassung ausgesprochen. Das flämische Parlament hingegen hat bisher sein „Ja“ für eine Ratifizierung nicht gegeben.<sup>10</sup>

---

1 Stellungnahme Nr. 37.804. DOC 51/ 281/4.

2 Der am 23. Dezember 2004 eingereichte Gesetzesvorschlag Bacquelaire-Hasquin-Michel-Maingain folgte dem Vorschlag Daems, gegen den einige Parteien bereits verfassungsrechtliche Einwände vorgebracht hatten.

3 Siehe belgische Abgeordnetenversammlung, Analytischer Bericht, Plenarsitzung, 10. März 2005.

4 Hervorzuheben ist außerdem die Organisation einer Informationskampagne der Bürger ab Mai 2005. Diese von einigen als belanglos bezeichnete Kampagne hatte zum Ziel, die Bevölkerung durch Zeitungsartikel aufzuklären, Spots im Rundfunk auszustrahlen, in den Postämtern 500.000 Informationsbroschüren auszulegen.

5 Die Europäische Verfassung erhielt 54 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und eine Enthaltung.

6 118 Abgeordnete haben sich für die Ratifizierung der Verfassung ausgesprochen, 18 dagegen, ein Abgeordneter enthielt sich. Anzumerken ist, dass nur ein Drittel der Abgeordneten anwesend war.

7 Von den 80 anwesenden Abgeordneten stimmten 60 frankophone Abgeordnete und 10 des niederländisch sprechenden Lagers (4 Nein-Stimmen bei den Frankophonen und 5 auf Seiten der „Niederländer“) für den Text.

8 Der europäische Verfassungstext wurde bis auf drei Stimmen einstimmig angenommen: Gegen den Text waren ein Abgeordneter der Grünen sowie zwei frankophone Rechtsextreme.

9 Der Verfassungsvertrag erhielt 52 Ja-Stimmen (größtenteils von den Sozialisten und den Christdemokraten), 22 Nein-Stimmen aus dem Lager der Liberalen sowie zwei Enthaltungen (Grüne und Rechtsextreme).

10 Die Abfassung des vorliegenden Artikels wurde am 13. September 2005 abgeschlossen.

Die Abstimmung ging „leidenschaftslos und ohne große Diskussion und Streit“ vonstatten, hieß es in der Presse,<sup>11</sup> wohingegen Premierminister Verhofstadt von „großer Einstimmigkeit im Gegensatz zu anderen Ländern wie Frankreich und den Niederlanden“ sprach. „Die Abstimmung“, meinte er, „spiegelt vielmehr den großen politischen Konsens in Belgien hinsichtlich der geplanten Verfassung sowie der Vorgehensweise wider, da ja der gesamte Prozess von Belgien ausging: Wir waren es, die vor vier Jahren in Nizza den Gedanken einer großen Reform aufbrachten; und dann gab es da die Erklärung von Laeken unter belgischer Präsidentschaft der Union, die die Verfassung ins Rollen brachte“.<sup>12</sup> Der Verfassungsvertrag wurde also von der gesamten politischen Klasse Belgiens akzeptiert, die darin die für eine erweiterte Union notwendigen Fortschritte erfüllt sieht. „Eine Ablehnung der Verfassung wäre gleichzusetzen mit dem Wunsch nach Niedergang“, so der belgische Premierminister.<sup>13</sup>

Die Enttäuschung nach dem „Nein“ der Franzosen und Niederländer vom 29. Mai und 1. Juni ist groß. Nach Ansicht Belgiens liegen die Gründe für dieses „Nein“ in erster Linie in der nationalen Politik der betroffenen Mitgliedstaaten – „Europa gilt als elitäres Projekt“, erklärte damals Karel De Gucht.<sup>14</sup> Zudem sei es auf die Erweiterung sowie die Aussicht auf weitere Beitrittskandidaten, insbesondere die Türkei, zurückzuführen.

Belgien hat sich jedoch sehr schnell für eine Weiterverfolgung des Ratifizierungsprozesses ausgesprochen, da jedes Land das Recht hat, seine Meinung zu äußern.<sup>15</sup> Denn für Belgien bedeutet eine Aufgabe des Verfassungsvertrags ohne einen alternativen Vorschlag, dass die Erweiterung nicht mit dem notwendigen Ausbau der Institutionen und Entscheidungsbefugnisse einhergeht und zu Scheitern droht.<sup>16</sup> So forderte Guy Verhofstadt am 14. Juni 2005, zwei Tage vor dem Europäischen Gipfel eine „Grundsatzdebatte“ über die Zukunft der EU.<sup>17</sup> Es gehe um die Wahl zwischen „einem politischen Europa, das in der Lage ist, die Probleme der Menschen sowie die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu meistern oder einer Zone freien Austauschs und einer aufgelösten EU“.<sup>18</sup>

Angesichts einer immer differenzierteren Europäischen Union stellte sich Belgien auch an die Spitze der Überlegungen zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den „handlungsfähigen und -bereiten Mitgliedstaaten“, um Fortschritte zu erreichen, oder, radikaler ausgedrückt, die Umsetzung von Initiativen außerhalb des bestehenden Vertragwerks zu bewirken. „Derartige Schritte, die nicht alle Mitgliedstaaten in die Integration einbeziehen, sind sicherlich zweite Wahl. Doch aus der Vergangenheit wissen wir, dass sie eine entscheidende Rolle spielen können, so wie im Falle der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder der Sozialcharta“, erklärte Karel De Gucht.<sup>19</sup>

Der belgische Außenminister hielt zum Zweck der Vertrauensbildung und aufgrund der zunehmenden Uneinheitlichkeit der außenpolitischen Interessen der Mitgliedstaaten einerseits, sowie der Notwendigkeit, die Legitimität der EU zu stärken andererseits, im Juli letz-

11 M. Dubuisson, „Ein überzeugtes Ja oder eine Kampfansage“, in: *Le Soir*, 25. April 2005.

12 Ebenda.

13 „Ein überzeugtes Ja oder eine Kampfansage“, in: *Le Soir*, 25. April 2005.

14 Rede des Ministers Karel DeGucht am Europäischen Hochschulinstitut Florenz, „Ergebnisse erzielen, um die Debatte zu gewinnen. Wie soll auf das Scheitern der Referenden in Frankreich und den Niederlanden und des Europarats im Juni reagiert werden?“, 6. Juli 2005.

15 „Dieser Ratifizierungsprozess muss weiterverfolgt werden, jedes Land hat das Recht, seine Meinung zu äußern“, erklärte der belgische Regierungschef nach einem Gespräch mit seinem französischen Amtskollegen Dominique de Villepin in Paris.

16 Ansprache des Ministers Karel DeGucht am Europäischen Hochschulinstitut Florenz, op. cit., 6. Juli 2005.

17 *Agence Belga*, 14. Juni 2005.

18 Rede Guy Verhofstadts vor der Abgeordnetenversammlung, 2. Juni 2005.

19 Ebenda.

ten Jahres am Europäischen Hochschulinstitut Florenz eine Rede zum Thema: „Ergebnisse erzielen, um die Debatte zu gewinnen. Wie sollen wir auf das Scheitern der Referenden in Frankreich und den Niederlanden und des Europarats im Juni reagieren?“<sup>20</sup>. Karel De Gucht hob seine Zielsetzung hervor, das Vertrauen der Europäer in die Institutionen der Union durch die Festlegung auf mehrere vorrangige Handlungsbereiche wieder aufzubauen.<sup>20</sup>

- Erstens müsse laut Karel De Gucht die Finanzielle Vorausschau beschlossen werden, und dies innerhalb der für die reguläre Umsetzung der Programme ab 2007 vorgesehenen Frist. Das Budget stellt die Hauptstütze der Maßnahmen in fast allen Kompetenzbereichen der EU dar. Um die Beziehung zum Bürger zu sichern, hält es Belgien für außerordentlich wichtig, dass die Bedürfnisse der neuen Mitgliedstaaten berücksichtigt und der europäische Zusammenhalt gestärkt werden.
- Zweitens sollte, wie dem gesamten Umweltbereich, dem Klimawandel eine größere Bedeutung zugemessen werden, insbesondere bezüglich der genauen Abstimmung und der Annahme des Regulierungsprojekts REACH.
- Drittens hält es Belgien in den Bereichen der Justiz- und Innenpolitik für nützlich, gewisse Punkte des Programms von Den Haag zu bekräftigen, so beispielsweise eine gemeinsame Asylpolitik und eine abgestimmte Visapolitik oder die Kontrolle der europäischen Grenzen sowie die Reglementierung hinsichtlich des Informationsaustauschs der Mitgliedstaaten zu Personendaten.
- Und schließlich regte Karel De Gucht bezüglich der Außen- und Verteidigungspolitik an, ein starkes und schnelles europäisches Reaktionsvermögen für den Katastrophenfall zu schaffen (die Folgen des Tsunami in Südostasien haben gezeigt, dass die Union nicht über eine derartige Kapazität verfügt) und weiter eine gemeinsame militärische und zivile Kapazität wie die Battle Groups und die Verteidigungsagentur zu entwickeln. Des Weiteren brachte der Minister die Bildung einer beschränkten Anzahl an Truppen zur Stärkung der Außenpolitik der Union ins Spiel. Angesichts des mangelnden Interesses bestimmter Mitgliedstaaten an einer gemeinsamen Außenpolitik und der daraus resultierenden Handlungsschwäche schlug Karel De Gucht die Entwicklung eines Mechanismus zur Spezialisierung und zur Aufgabenteilung durch die Bildung beschränkter Truppenkontingente innerhalb der Union für spezielle Dossiers der Außenpolitik vor – dies ist der wegweisendste Punkt seiner Rede. Diese Truppen bestünden aus dem Hohen Repräsentanten, aus Vertretern der Europäischen Kommission, der Präsidentschaft und einer Gruppe handlungsfähiger Mitgliedstaaten, die bereit sind, zusätzliche diplomatische Bemühungen zugunsten einer spezifischen außenpolitischen Aufgabe zu unternehmen.

Belgien beabsichtigt also durch die Bekräftigung seines europäischen Credo eine proaktive Rolle in dem Prozess zu spielen, der die europäischen Integrationspläne auf den richtigen Weg bringen wird. Diese proaktive Rolle ist auch in anderen Themenbereichen wie dem Stabilitäts- und Wachstumspakt, den Verhandlungen über die Finanzielle Vorausschau, dem Regulierungsprojekt REACH, dem Vorschlag einer Richtlinie über die Liberalisierung der Dienstleistungen und künftiger Erweiterungsrounden erkennbar.

### **Der Stabilitäts- und Wachstumspakt**

Im November 2003 zeigten sich Belgien wie auch Luxemburg – anders als die Niederlande – hinsichtlich der Defizite Frankreichs und Deutschlands mit einer politischen, anstelle einer

---

<sup>20</sup> Es ist der Wunsch des belgischen Außenministers, dass Kommission, Rat und Parlament ein ähnliches Programm ankündigen, um zu beweisen, dass es ein echtes europäisches Unternehmen darstellt.

juristischen Lösung einverstanden.<sup>21</sup> Das bedeutet, dass Belgien einer flexibleren Interpretation des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht abgeneigt ist und sich somit an der Seite Deutschlands, Frankreichs und der Präsidentschaft Luxemburgs wiederfindet. Die Höchstgrenze des Haushaltsdefizits bei 3 % des BIP sollte eingehalten werden, zeitweilige Überschreitungen würden jedoch zugelassen, wenn die Umstände dies rechtfertigen. Durch die Vermittlung des Premierministers, des Staatssekretärs für europäische Angelegenheiten und des Finanzministers plädierte Belgien stets für einen flexibleren und sozialen Stabilitätspakt: „Wir brauchen eine Art Stabilitäts- und Wachstumspakt auf einer allgemeinen wirtschaftlichen Ebene – der jedoch flexibler sein muss als der derzeitige“, so Guy Verhofstadt.<sup>22</sup>

Da der Stabilitäts- und Wachstumspakt „keinen Anlass für eine Strategie des rentablen wirtschaftlichen Wachstums gab“ und da die offene Methode der Koordination der Strategie von Lissabon, die insbesondere auf nationalen Plänen basiert, als Reaktion auf die aktuellen Herausforderungen nicht ausreichte, schlug der belgische Premierminister am 17. Februar 2005 einen „Fünfkampf für Europa: Eine gemeinsame Wachstumsstrategie für die europäische Wirtschaft“ vor.<sup>23</sup> Guy Verhofstadt legte auf zehn Seiten seine eigenen Vorschläge dar, die es der EU erlauben sollen, die Zielsetzungen von Lissabon bis zum Jahr 2010 zu realisieren. Guy Verhofstadt sah fünf Bereiche vor – daher die Bezeichnung „Fünfkampf“ – auf deren Grundlage die europäische Wachstumsstrategie gewonnen werden soll.<sup>24</sup>

- Der erste Bereich betrifft die Umsetzung eines „europäischen Konvergenzcodes“, der durch eine Bandbreite definiert ist (begrenzt durch Mindest- und Höchstwerte), die für die Hauptpunkte des sozioökonomischen Klimas gelten, so zum Beispiel die Flexibilität des Arbeitsmarkts, die Dauer der Erwerbstätigkeit, das Niveau sozialer Absicherung, die Steuerbelastungen der Unternehmen. Die Verwendung einer „Bandbreite“ ermöglicht die Konvergenz der sozioökonomischen Systeme der Mitgliedstaaten bei gleichzeitiger Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Wirtschaft.
- Der zweite Bereich dieses „Fünfkampfs“ ist eine Steuerreform, die auf ein „massives Absenken“ der direkten Steuern (insbesondere auf Arbeit) hin zu indirekten Steuern (Verbrauchersteuern) abzielt, um die Produktionskosten in Europa zu senken und so die Wettbewerbsfähigkeit der Union im weltweiten Vergleich zu stärken. Dieses Absenken müsste in zwei Schritten erfolgen: Ein erster Schritt würde es ermöglichen, indirekte Steuern auf 40 % des weltweiten Niveaus der Abzüge anzuheben (der Durchschnittswert innerhalb der Union liegt heute bei 33 %). In einem zweiten Schritt würden direkte und indirekte Steuern ins Gleichgewicht gebracht (beide würden dann 50 % der gesamten Abzüge betragen).
- Drittens sieht das Dokument die Einführung von „sunrise clauses“ in den Richtlinien zum Binnenmarkt vor: Diese Richtlinien könnten selbst dann zumindest in ihren wesentlichen Teilen in Kraft treten, wenn die Mitgliedstaaten sie nicht innerhalb der auferlegten Fristen umgesetzt haben, und zwar ab dem Moment, ab dem diese Fristen abgelaufen sind.
- Viertens empfiehlt der „Fünfkampf“ eine deutliche Steigerung der Forschungsanstrengungen: 50 % der entsprechenden Ausgaben hinsichtlich einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit müssten für Forschung und Entwicklung bereitgestellt werden, und 25 % der Strukturfonds sollten der Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten dienen.

21 Es ist hervorzuheben, dass der niederländische Finanzminister Gerrit Zalm weitaus weniger geneigt war, die Regeln des Pakts zu lockern als seine beiden Amtskollegen aus Belgien und Luxemburg.

22 „Verhofstadt plots new pact for EU's economy“, in: *European Voice*, 18. März 2005.

23 <http://www.diplobel.be>

24 „Verhofstadt plots new pact for EU's economy“, in: *European Voice*, 18. März 2005.

- Der fünfte Bereich sieht eine neue Art der „politischen Steuerung“ vor, die der Kommission und „gemischten“ Parlamentskommissionen (bestehend aus nationalen und europäischen Abgeordneten) eine zentrale Rolle zuweist. Letztere würden mit der Einschätzung der Reformfortschritte beauftragt – es würde so die Rolle des „Herrn Lissabon“ wieder aufgenommen, dessen Schaffung José Manuel Barroso jedem Mitgliedstaat empfahl.

### Die Verhandlungen der Finanziellen Vorausschau für die Jahre 2007-2013

Am 13. Juni 2005, anlässlich der zweiten Beratung über das mehrjährige Budget der Union, zu der die Finanzminister der 25 Mitgliedstaaten zusammenkamen, verteidigte Karel De Gucht die Position Belgiens in einer Regierungsmitteilung. Er äußerte sich kritisch zum letzten Vorschlag der Präsidentschaft Luxemburgs. Mit diesem Vorschlag, so heißt es in dem belgischen Dokument, „ist eine Grenze erreicht, die die Finanzierung der gesamten politischen Zielsetzungen der erweiterten Union erschweren wird“.<sup>25</sup>

Ganz allgemein zweifelte Belgien in der Tat daran, dass die Höchstgrenze der durch die Präsidentschaft Luxemburgs festgelegten Ausgaben – nämlich 1,06 % des Bruttosozialprodukts (BSP) – vom Europäischen Parlament angenommen werden könnte. „Belgien ist also der Meinung, dass eine globale Höchstgrenze der Ausgaben in Höhe von 1,06 % in Verpflichtungskrediten ausreichend ist“. Es fordert außerdem, dass der Vorschlag Luxemburgs in mehreren Punkten korrigiert wird, die nach Ansicht Belgiens wesentlich sind für die Rubrik „Wirtschaftliches Wachstum“, dazu zählen Forschung und Weiterbildung. Belgien fordert eine höhere als die von Luxemburg vorgeschlagene Wachstumsrate. Was die Landwirtschaft betrifft, so war die belgische Regierung der Ansicht, die für die Landwirtschaft aufgewendeten Gelder müssten angeglichen werden, um dem bevorstehenden Beitritt Rumäniens und Bulgariens Rechnung zu tragen. Während der Vorschlag Luxemburgs von 2 Milliarden Euro ausgeht, schätzt Belgien die tatsächlichen Kosten auf 8 Milliarden Euro – gibt jedoch nicht näher an, wie die restlichen 6 Milliarden Euro finanziert werden sollen.

Auf die Frage des so genannten „Rabatts“ für Großbritannien forderte die belgische Delegation „klare Perspektiven zu dessen Abschaffung“. Sie möchte 0,38 % des BSP für die Kohäsionspolitik verwenden, im Gegensatz zu den von Luxemburg vorgeschlagenen 0,37 %. Des Weiteren hält die Delegation die Vorschläge der Provinz Hainaut (im Süden Belgiens) für „inakzeptabel, da sie weder objektiv, noch gerecht sind“. Sie fordert außerdem, dass mindestens 16,5 % der gesamten Gelder dem Ziel 2, d.h. der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Förderung der Erwerbstätigkeit, zukommen.

Die Zuweisung der Sturkturfonds an die Provinz Hainaut<sup>26</sup> stand in der Tat im Mittelpunkt der Besorgnis. Die belgischen Minister widersetzten sich einer Senkung der vorläufigen Finanzmittel, die den Regionen der ehemaligen EU-15 zuerkannt wurden. Diese kamen aufgrund der erneuten Erweiterung für den Kohäsionsfonds nicht mehr in Frage. „Die Budgetpläne 2007-2013 gefallen Belgien nicht“, lautete der Titel einer Tageszeitung.<sup>27</sup> Der Kompromiss der Präsidentschaft Luxemburgs sah in der Tat vor, dass die Provinz

---

25 Agence Belga, 13. Juni 2005.

26 Glaubt man den neuesten europäischen Statistiken von Eurostat, so bildet der Hainaut mit einem BIP von 75,5 % weiter das Schlusslicht (EU 25: 100), Belgien liegt bei 117 % und die Region Wallonien bei 84,6 %. Dies ist eine Differenz von fast 42 % im Vergleich zum belgischen Durchschnitt. Seit Mitte der 1990er Jahre und noch bis zum Jahr 2006 (oder 2007) unterstützte die Union mit ihren diversen Strukturfonds in Höhe von fast 2,5 Milliarden Euro mehrere Gebiete in Wallonien; die Provinz Hainaut nahm zu Unrecht, über Ziel 1 und das Phasing-Out von Ziel 1, über 80% dieser Gelder für sich in Anspruch.

27 „Belgien sagt Nein zum Vorschlag der Präsidentschaft Luxemburgs“, in: L’Echo, 26. April 2005.

Hainaut in den Jahren 2007 und 2008 85 % der Mittel erhalten sollte, die ihr heute zustehen. Im Jahr 2009 wären dies 80 % und im Jahr 2013 60%. Alles in allem handelt es sich um eine Senkung um mehr als 50 % der 1,2 Milliarden Euro, die die europäische Exekutive der Provinz zuerkennen wollte. Die beiden von Belgien genannten Argumente für den Verbleib des Hainaut in Ziel 1 waren einerseits die Tatsache, dass sich die Region nur knapp unterhalb des Grenzwerts befand und andererseits die Tatsache, dass im Jahre 1999 bei der vorausgehenden Verhandlung die verspätete Anwendung einer neuen Statistikmethode der Banque Nationale die Provinz um die Gelder von Ziel 1 gebracht hatte.<sup>28</sup>

Nachdem Europäischen Rat vom 16. und 17. Juni war die Enttäuschung groß. Der Premierminister, der auf eine Einigung hingewirkt hatte, unterstützte den Kompromiss Luxemburgs und behauptete, einige wären nur am Verhandlungstisch erschienen, um ihre Schecks zu behalten.<sup>29</sup> Auch auf Seiten der Europaabgeordneten war die Enttäuschung groß. Jean-Luc Dehaene,<sup>30</sup> Abgeordneter der PPE-DE, erklärte: „Da saßen ganz offensichtlich vier oder fünf Thatcher am Verhandlungstisch, die alle ihr Geld zurückforderten“.<sup>31</sup>

### **Der Regulierungsvorschlag REACH**

Ende Oktober 2003 legte die Europäische Kommission einen Regulierungsvorschlag bezüglich der Einführung einer neuen Politik zu chemischen Stoffen unter dem Namen REACH (Registration, Evaluation and Authorization of Chemicals) vor. Da der Text während der vorausgegangenen Legislaturperiode des Europäischen Parlaments nicht verabschiedet worden war, verschob die aktuelle Kommission die Frist für die Annahme des Regulierungsprojekts, um die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen besser untersuchen zu können. Im Anschluss an diverse vorherige Stellungnahmen verteidigte Umweltminister Bruno Touback<sup>32</sup> im Namen Belgiens auf dem Umweltrat vom 20. Dezember 2005 folgende Position: „Belgien hält REACH für ein herausragendes Instrument, das es den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft ermöglicht, ganz im Geiste des Prozesses von Lissabon innerhalb einer Generation (2020) chemische Stoffe ausschließlich so zu produzieren und zu verwenden, dass sie keine nennenswerten negativen Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen und die Umwelt haben“.<sup>33</sup>

Ganz allgemein hält Belgien an den Mechanismen fest, die die Wirksamkeit von REACH sowie seinen Nutzen für Umwelt und Gesundheit verbessern und gleichzeitig die Kosten und Verwaltungsausgaben für die Unternehmen verringern können.

### **Der Vorschlag zur Richtlinie über die Liberalisierung von Dienstleistungen**

Sehr bald schon stand Belgien an der Spitze der sich gegen die Bolkestein-Richtlinie formierenden Gegner, und unterstützte die Zielsetzung eines großen Binnenmarkts der

28 Damals wurde die Provinz Hainaut aufgrund eines statistischen Fehlers von Ziel 1 zwischen 2000 und 2006 ausgeschlossen. Der Provinz wurden so Zwei-Drittel der europäischen Gelder aberkannt, auf die sie eigentlich Anspruch gehabt hätte. Minister De Gucht erklärte, dass „Belgien nicht akzeptieren könnte, dass die Provinz Hainaut zum zweiten Mal bestraft wird“. Siehe „De Gucht eist meer Europees steungeld voor Henegouwen“, in: *De Standaard*, 26. April 2005.

29 „Diese Sicht Europas beunruhigt mich“, in: *Le Soir*, 20. Juni 2005.

30 Jean-Luc Dehaene, flämischer Katholiker (CVP), war Vize-Präsident im Europäischen Konvent, bevor er bei den letzten Europawahlen im Juni 2004 zum Europaabgeordneten gewählt wurde.

31 „Die Nacht der langen Messer“, in: *La Libre Belgique*, 20. Juni 2005.

32 Herr Touback, flämischer Katholik, ist seit 20. Juli 2004 Minister für Umwelt und Pensionen.

33 Schlussfolgerungen der Präsidentschaft, Europäischer Rat von Göteborg (Juni 2001).

Dienstleistungen.<sup>34</sup> Der belgische Wirtschaftsminister Marc Verwilghen<sup>35</sup> bedauerte von Anfang an die Ungenauigkeit des irischen Kommissars McCreevy bezüglich der Bereiche, die vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgeschlossen werden könnten.<sup>36</sup> Bedenkt man, dass die Dienste von allgemeinem Interesse den Hauptanforderungen der Gemeinschaft entsprechen, war es der Wunsch Belgiens, die Ergebnisse des Konvent zu konsolidieren, um diesen einen echten Platz einzuräumen. Davon einmal abgesehen äußerte Guy Verhofstadt den Wunsch, dass einige Bereiche wie das Gesundheitswesen ganz oder auch nur teilweise von der Richtlinie ausgenommen sein sollten.<sup>37</sup>

Belgien erwog das Prinzip des Herkunftslands zu akzeptieren, soweit der Vorschlag der Richtlinie dahingehend verändert wird, dass der Dienstleister an bestimmte Regelungen gebunden ist – was den Zugang zu einer Dienstleistungsaktivität und deren Ausübung und die Kontrolle betrifft<sup>38</sup> –, die mit denen des Mitgliedstaates übereinstimmen, in dem die Dienstleistung tatsächlich erbracht wird. Voraussetzung wäre eine eindeutige Garantie auf die Verwaltungskapazität des Herkunftslandes, um die geltenden Regelungen zu überwachen.<sup>39</sup> Später konnte festgestellt werden, dass sich die belgischen Zielsetzungen in den Abschlussbemerkungen des Europäischen Rates vom 22. und 23. März 2005 wiederfinden.

### Der Beitritt der Türkei

Nach dem Europagipfel vom 17. Dezember 2004 zeigte sich Guy Verhofstadt begeistert über die Entscheidung der 25 Mitgliedstaaten, am 3. Oktober 2005 die Beitrittsverhandlungen mit Ankara aufzunehmen. Er bekräftigte: „Die Türkei wird Europa stärken“. Auf die Frage, weshalb Belgien mit der Türkei befreundet sei, antwortete er: „Wenn ein Land der Union beitreten möchte, so muss man es nach seinem Willen beurteilen, sich unsere Werte zueigen zu machen (...), und nicht nach seiner Religion (...). Wenn man die Türkei in der europäischen Familie verankern kann, wird sich dieser Staat mit seiner großen moslemisch geprägten Gemeinschaft auf Grundlage unserer Werte entwickeln“.<sup>40</sup>

Belgien schließt sich übrigens der Mitteilung der Kommission an,<sup>41</sup> die bestätigt, dass die Türkei die politischen Kriterien für Beitrittsverhandlungen in ausreichendem Maße erfüllt. „Verhandlungen sind der beste Weg, Druck auszuüben, damit die Türkei in den kommenden Jahren ein Staat wird, der die Menschenrechte und die großen Prinzipien der Menschheit respektiert“.<sup>42</sup> Schließlich geht Guy Verhofstadt im Gegensatz zu einigen seiner Amtskollegen davon aus, dass durch den Beitritt und die geostrategische Bedeutung der Türkei die politische Rolle Europas verstärkt wird.

---

34 Die Position Belgiens gegenüber dem Vorschlag einer Richtlinie wurde ein erstes Mal im Hinblick auf den Rat zur Wettbewerbsfähigkeit vom 11.03.04 festgelegt.

35 Marc Verwilghen, flämischer Liberaler (VLD), Minister für Wirtschaft, Energie, Außenhandel und Wissenschaftspolitik.

36 „Zukunft Bolkesteins ungewiss“, in: *Le Soir*, 9. März 2005.

37 „Verhofstadt plots new pact for EU's economy“, in: *European Voice*, 18. März 2005.

38 Mit dem Ziel des Schutzes von Arbeitern und Arbeitssuchenden, Verbrauchern und Dienstleistungskunden, des Schutzes des Gesundheitswesens und der Umwelt sowie der öffentlichen Ordnung.

39 Antwort Belgiens auf die Frage der niederländischen Präsidentschaft in Dok. 14558/04 REV 1 vom 22.11.04 (Rat Wettbewerbsfähigkeit vom 25.-26.11.2004, Tagesordnungspunkt 7).

40 „Der Premierminister verteidigt vehement den Beginn der Verhandlungen mit der Türkei“, in: *Le Soir*, 23. Dezember 2004.

41 Brüssel 6.10.2004, SEC (2004) 1201.

42 „Der Premierminister verteidigt vehement den Beginn der Verhandlungen mit der Türkei“, in: *Le Soir*, 23. Dezember 2004.